

Rede zu der KAS Veranstaltung "Erfahrungen aus der Wiedervereinigung Deutschlands und Vision der wiedervereinigten koreanischen Halbinsel" – Vortrag 15 Minuten mit dem Titel „Bewertung und Aufgabe der deutschen Wiedervereinigungspolitik“

09. September 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

damit die Leistung der deutschen Einheit in ihrer gesamten historischen Breite begreifbar wird, lohnt es sich einen kurzen Blick zurückzuwerfen. Bereits 1945 hatte Konrad Adenauer früh und realistisch die mit der Beendigung des Zweiten Weltkrieges entstandene neue Machtverteilung richtig eingeschätzt und den Ost-West-Gegensatz in seinen weltpolitischen und geistesgeschichtlichen Konsequenzen erkannt.

Wie von ihm erahnt, engte sich der tatsächliche Spielraum westdeutscher Außenpolitik in den Nachkriegsjahren mit einer beachtlichen Geschwindigkeit ein. Ostdeutschland, Ost- und Südosteuropa sowie ein großer Teil Mitteleuropas gingen hinter dem Eisernen Vorhang an die neue sowjetische Weltmacht verloren. Für den demokratischen Westen drohte die Gefahr einer atheistischen, kommunistischen Diktatur, die Adenauer als "mindestens so gefährlich" beurteilte wie die überwundene nationalsozialistische.

Die Fakten waren geschaffen, gewaltsam vollzog sich die sukzessive kommunistische Gleichschaltungspolitik in der sowjetischen Besatzungszone. Diese Politik charakterisiert durch immer stärker um sich greifende Rechtsunsicherheit, durch keine demokratischen Regeln gehemmter Ausdehnung der SED-Macht.

Parallel dazu erfolgte die Gleichschaltung sämtlicher Regierungen im gesamten von der Sowjetunion kontrollierten Gebiet, die kommunistische Machtübernahme in Polen und in der Tschechoslowakei 1948, der Versuch der Einverleibung Berlins und schließlich der Angriff auf Korea. Während der Monate des siegreichen Vormarsches der kommunistischen Armeen drohte die Presse der DDR nach Westen, bald werde man auch in Deutschland "koreanisch reden".

Jedoch verbannt Adenauer schon damals seinen „Brudergedanken“ mit seinem außenpolitischen Gesamtkonzept. Dieser „Brudergedanke“ erhielt jahrzehntelang Einzug in die westdeutsche Politik. Es war also richtig, das Adenauer sein Konzept von vornherein mittel- und langfristig angelegt hatte.

Aus einer zunächst defensiven, antikommunistischen und antirussischen Position heraus entwickelte er eine offensive Strategie. Diese sollte durch die Zugehörigkeit zur westliche Sicherheitsallianz mit enger Kooperation zwischen USA und Europa, dem Vordringen des Kommunismus Einhalt geboten werden. Adenauers Ziel war die Wiedervereinigung.

Eine Option zwischen kommunistischem Osten und freiheitlichem Westen, eine Brückenfunktion Deutschlands, lehnte er sowohl aus außenpolitischen Grundsätzen als auch aufgrund allgemeiner Wertvorstellungen kategorisch ab. Die Westintegration war für ihn aber weder das politische Endziel noch die Alternative zur Wiedervereinigung. Sie sollte vielmehr die Wiedervereinigung ohne Aufgabe der Freiheit und des Friedens in Europa ermöglichen.

Zudem umfasste sein langfristig angelegtes Wiedervereinigungskonzept nicht nur außen-, sondern auch innenpolitische Komponenten. Die Bundesrepublik sollte sich mit der Sozialen Marktwirtschaft zum Schaufenster des Westens nach Osten entwickeln und eine starke Sogwirkung auf die von der Sowjetunion beherrschten Länder, insbesondere die DDR, ausüben.

Mit dieser wirklich vorausschauenden Politik legte Adenauer die Grundlage für die Deutschlandpolitik seiner Nachfolger, die jeder für sich, die Wiedervereinigung mit gleichem Nachdruck im Auge hatten. Belegbar ist diese Tatsache, dass es zwischen der BRD und der DDR niemals zu einer militärischen Auseinandersetzung gekommen ist. Stets gab es Austausch auf höchster politischer Ebene, im Rundfunk und die gemeinsame Verbundenheit der deutsche Sprache.

Nach den wertvollen Beiträgen, besonders des Bundeskanzlers Willi Brandt, war es Helmut Kohl, der trotz der damals immer noch vorherrschenden bipolaren Weltpolitik,

seine Vision der „Ostpolitik“ integrativ umsetzte und Deutschland zur Wiedervereinigung führte.

Ende der 1980er-Jahre öffnete sich durch viele politische Ereignisse ein politisches Fenster, das Kanzler Kohl zu nutzen wusste. Er nahm die Dynamik auf, die ihm geboten wurde. Perestroika, Glasnost, Solidarnosc waren, neben den sehr guten Beziehungen Kohls zu Gorbatschow und Mitterand sowie Bush senior, Wegbegleiter der möglichen deutschen Wiedervereinigung.

Hinzu kamen der ansteigende Reformdruck im Inneren der DDR. Dieser war für die Führung der DDR kaum noch zu kontrollieren. Besonders in Leipzig brachen die friedlichen Montagsdemonstrationen den Widerstandswillen der Staatsmacht. Nach einem restriktiven Entwurf eines neuen Reisegesetzes zwangt der öffentliche Druck die SED in der Nacht des 9. November 1989 dazu, die Mauer zu öffnen. In den folgenden Stunden und Tagen besuchen hunderttausende DDR-Bürger den Westteil Berlins und die übrige Bundesrepublik. Das historische politische Zeitfenster war da, Kohl ergriff es beherzt.

Am 28. November 1989 präsentiert Helmut Kohl im Deutschen Bundestag den Zehn-Punkte-Plan zur Überwindung der Teilung Deutschlands. Die innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen waren dafür günstig. In zwei Treffen mit dem sowjetischen Staatspräsidenten und KPdSU-Chef Michail Gorbatschow wurde der Durchbruch erzielt.

Die Sowjetunion kannte das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung und Wiedervereinigung an.

In der DDR rief die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung nach der deutschen Einheit. Die Parolen bei den Montagsdemonstrationen in der DDR wandeln sich von "Wir sind das Volk!" zu "Wir sind ein Volk. Nachdem Kohl geschickt mit den anderen Westmächten verhandelte, war die deutsche Einheit beschlossene Sache.

Wichtig ist bis heute, dass als 1990 über die deutsche Einheit verhandelt wurde, die europapolitische Zuverlässigkeit der Regierung Kohl viel dazu beitrug, die bei manchen Nachbarn bestehenden Vorbehalte gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands zu überwinden.

Kein Nationalismus. Kein Triumphgefühl. Aber ein Deutschland, fest eingebunden in die Familie der europäischen Nachbarn. Helmut Kohl stellte mit dem Schlagwort der "zwei Seiten derselben Medaille" von Anfang an die gegenseitige Bedingung von deutscher Einheit und europäischer Einigung heraus.

In den Folgejahren der Wiedervereinigung war es die Aufgabe der deutschen Politik, in drei Politikfeldern besondere Akzente zu setzen. Diesen waren:

- 1) die innere und wirtschaftliche Einheit Deutschlands weiterzuentwickeln,
- 2) Deutschland als verlässlichen Partner in der EU zu integrieren,
- 3) das „neue“ Deutschland in die internationale außenpolitische Struktur einzufügen.

Die Organisation der deutschen Einheit im „Inneren“ war eine herausfordernde Aufgabe für die erste gesamtdeutsche Bundesregierung unter Helmut Kohl. Diese Aufgabe wirkt weiter und noch heute beschäftigt sich die Regierung von Angela Merkel, wie alle anderen Bundesregierungen in der Zwischenzeit, mit dem Aufbau und der inneren Vereinigung der beiden ehemaligen deutschen Staaten. Die Einheit zu gestalten war und ist somit eine ständig neue Herausforderung.

Erster und wichtiger Schritt hin zu der Einheit, war die Unterzeichnung und Verabschiedung des Staatsvertrages im Mai/Juni 1990. Am 18. Mai 1990 unterzeichneten Bundesfinanzminister Theodor Waigel (CSU) und der DDR Finanzminister Walter Romberg (SPD-Ost) in Bonn den Staatsvertrag für eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, der am 21. Juni 1990 von Bundestag und DDR-Volkskammer mit jeweils großer Mehrheit verabschiedet wurde.

Bundeskanzler Kohl sprach bei der Unterzeichnung von einem „denkwürdigen Ereignis“ für alle Deutschen und Europäer: „Vor den Augen der Welt bekunden die Vertreter der frei gewählten Regierungen beider Teile Deutschlands ihren Willen, als ein Volk, als eine Nation gemeinsam ihre Zukunft in einem freiheitlichen und demokratischen Staat zu gestalten.“

Die uns gestellten Aufgaben lagen in allen politischen Bereichen. Völlig neue Konzepte mussten für die Vereinigung der grundlegend verschiedenen Sozial- und Wirtschaftssysteme gefunden werden. Die Rechtssysteme mussten angepasst und Unrecht der DDR aufgearbeitet werden.

Besonders kontrovers wurde die Frage des Umstellungskurses diskutiert. Bei den Verhandlungen von Expertengruppen zur Vorbereitung der Währungs- und Wirtschaftsunion, die später noch um eine Sozialunion erweitert wurde, zeigte sich, dass es vor allem bei der Währungsumstellung gegenläufige Vorstellungen gab: Von den DDR-Vertretern wurde die 1:1-Umstellung der Geldbestände inklusive der Löhne und Renten gefordert.

Viele Wirtschafts- und Finanzexperten befürchteten jedoch angesichts des zunehmend deutlicher zutage tretenden maroden Zustands der DDR-Wirtschaft und der dadurch zu erwartenden niedrigeren Produktivität der Betriebe, dass bei diesem Wechselverhältnis

eine Inflation sowie eine hohe Arbeitslosigkeit infolge zusammenbrechender DDR-Unternehmen unumgänglich sei.

Auch nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 und der Bildung der Großen Koalition, bestehend aus der siegreichen „Allianz für Deutschland“ (CDU, DSU und Demokratischer Aufbruch) sowie der SPD und den Liberalen, blieb die Frage zwischen der Bundesregierung und der neuen DDR-Führung unter Ministerpräsident Lothar de Maizière (CDU-Ost) höchst strittig. Bereits Ende März 1990 hatte sich der Zentralbankrat, das oberste Organ der Bundesbank, auf einen grundsätzlichen 2:1- Wechselkurs festgelegt, um ein von ihm befürchtetes Inflationsrisiko für die D-Mark möglichst gering zu halten.

Zusätzlicher Zeitdruck entstand, nachdem sich Kohl und de Maizière am 24. April 1990 auf den 1. Juli 1990 als Datum für den Beginn der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion geeinigt hatten.

Wesentlich formaler für die Verwirklichung der staatlichen Einheit war die Errichtung von Bundesländern auf dem Gebiet der DDR. Bei ihrer Planung hierzu orientierte sich die DDR-Regierung im Wesentlichen an den 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht eingerichteten alten Ländern der DDR, die 1952 aufgelöst und in 14 Bezirke eingeteilt worden waren.

Am 22. Juli 1990 beschloss die Volkskammer ein Ländereinführungsgesetz, das die Neugründung der fünf Bundesländer auf dem Gebiet der DDR als Gliedstaaten des Bundes vorbereitete. Die formale Gründung der fünf neuen Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen – Ost-Berlin wurde dem bereits als Bundesland existierenden West-Berlin angegliedert – erfolgte, ebenso wie ihr Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland, am 3. Oktober 1990.

Entsprechend ihrer geringen Bevölkerungszahl waren die neuen Länder im erweiterten Bundesrat mit zusammen lediglich 19 von insgesamt 69 Sitzen vertreten; Mecklenburg-Vorpommern verfügt über drei, die übrigen neuen Bundesländer über jeweils vier Sitze.

Aufgrund des Verfassungsgebots (Art. 72 Abs. 3 GG), gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet herzustellen, war mit dem Beitritt der neuen Länder zur Bundesrepublik auch sichergestellt, dass die Lösung der von der DDR übernommenen großen Probleme - wie die Modernisierung der veralteten und ineffizienten Wirtschaftsstrukturen, die Beseitigung ökologischer Altlasten, die Behebung der infrastrukturellen und baulichen Substanzschäden sowie die Abfederung der ökonomisch-sozialen Strukturbrüche - der gesamtstaatlichen Politik als vordringliche Aufgabe überantwortet wurde.

Das Gebot zur Herstellung der inneren Einheit Deutschlands als vordringliches Entwicklungsziel bundesdeutscher Politik findet in diesem Zusammenhang seine

verfassungsrechtlich legitimierte Grundlage. Gemäß den Bestimmungen des Ländereinführungsgesetzes erarbeiteten die im Oktober 1990 neu gewählten Landtage Verfassungsentwürfe für ihre jeweiligen Länder, die zwischen Mai 1992 (Sachsen) und Oktober 1993 (Thüringen) von den Landtagen verabschiedet wurden. In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen wurden die Landesverfassungen zudem durch Volksabstimmungen zusätzlich legitimiert.

Von besondere Bedeutung für die Einheit, gerade auch rückblickend für Sie interessant, war der Einigungsvertrag.

Am 6. Juli 1990 begannen in Ost-Berlin die Verhandlungen über den Einigungsvertrag (2. Staatsvertrag) zum Beitritt nach Artikel 23 Grundgesetz. Nach langen und mühsamen Verhandlungen, in denen eine komplexe Materie mit zahlreichen Details zu klären war, stimmten beide Parlamente am 20. September 1990 dem rund 900 Seiten starken Einigungsvertrag mit großer Mehrheit zu. Der Bundesrat verabschiedete den Einigungsvertrag einstimmig. Zuvor hatte die Volkskammer in einer Sondersitzung in der Nacht vom 23. auf den 24. August 1990 nach einer langen, kontroversen Debatte mit 294 von 400 Stimmen beschlossen, den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 zu vollziehen

Der Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR war seiner Rechtsqualität nach ein Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland

und der Deutschen Demokratischen Republik und zugleich ein völkerrechtlicher Vertrag.

Das umfangreiche Werk umfasste unter anderem folgende Regelungen:

- Vollzug des Beitritts nach Art. 23 des Grundgesetzes;
- Geltung des Grundgesetzes für das gesamte Bundesgebiet;
- Modifikation des Grundgesetzes in den nun obsolet gewordenen Teilen (z.B. Präambel mit ihrem Einigungsgebot);
- Gültigkeit der Finanzverfassung der alten Bundesrepublik im gesamten Bundesgebiet;
- Rechtsangleichung in den fünf neuen Ländern, soweit nicht Übergangsregelungen Ausnahmetatbestände zuließen;
- Ausdehnung der Geltung von völkerrechtlichen Verträgen und Vereinbarungen auf das gesamte Bundesgebiet;
- Übergabe von öffentlicher Verwaltung und Rechtspflege an die Bundesländer, sofern es sich nicht um Bundesverwaltungsangelegenheiten handelt;
- Rehabilitation der Opfer des SED-Regimes.

Ferner sah der Vertrag vor, dass die Bereiche Arbeit, Soziales, Familie, Frauen, Gesundheitswesen und Umweltschutz möglichst bald durch den gesamtdeutschen Gesetzgeber einheitlich geregelt werden sollten.

Natürlich stand auch die Frage der Finanzierung der „Deutschen Einheit“ im Mittelpunkt der damaligen Diskussion. Rückblickend ist der Aufbau Ostdeutschlands aus einem Mix von Finanzierungselementen umgesetzt worden. Zuvorderst ist der von west- und ostdeutschen Arbeitnehmern geleistet Solidaritätszuschlag zu benennen. Ebenso haben die Finanzierung über die Abgabensysteme der Renten- und Krankenversicherung einen Beitrag für nahezu gleiche Lebensverhältnisse eines jeden einzelnen Deutschen geleistet. Infrastruktur und Wirtschaftsaufbau wurden hauptsächlich durch den Länderfinanzausgleich und die Solidarpakte I und II geschultert.

Alle Deutschen ist es zu verdanken, dass sie je nach Leitungsfähigkeit einen enormen volkswirtschaftlichen Beitrag für die Angleichung der Lebensbedingungen geleistet haben. Natürlich haben die ehemaligen Bürger der BRD einen großen Teil übernommen, aber die Leistung der ostdeutschen Bürger darf nicht vernachlässigt werden.

Nichtsdestotrotz ist die Wiedervereinigung in Deutschland noch nicht abgeschlossen. Durch die Leistungskraft aller Deutschen ist es gelungen, den Aufbau der ostdeutschen Bundesländer auf 70% der Leistungskraft der westdeutschen Länder anzugleichen. Ich bin

überzeugt davon, dass wir den vollen Leistungsausgleich in den nächsten Jahren schaffen werden, trotz aller Debatten um die richtigen Wege zur Finanzierung der Einheit.

Wie Deutschland die wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen angenommen hat und welche Konzepte nötig waren, kann für die Koreaner heute eine vorbildliche `Blaupause` sein. Unser Modell steht für viel Richtiges. Seine genaue Betrachtung dient jedoch auch dazu, Fehler zu vermeiden.

Eines ist klar die Wiedervereinigung der koreanischen Staaten wird ein kostspieliges Unterfangen. Die von Instituten und Banken berechneten zu erwartenden Kosten bewegen sich bei etwa acht Milliarden Euro jährlich über einen Zeitraum von 30 Jahren. Andere Schätzungen sprechen von Ausgaben von 7 bis 12 Prozent des Bruttosozialproduktes von Südkorea über 10 Jahre im Fall eines geordneten Übergangs. Im Fall eines plötzlichen Zusammenbruches im Norden wären die Kosten noch höher.

Trotz, dass diese Summen für die Koreaner so astronomisch erscheinen, dürfen sie keine Angst vor ihnen haben und deshalb ist es richtig, dass der Präsident Lee Myung-bak über eine Wiedervereinigungssteuer nachdenkt und gleichzeitig die Diskussion über die finanzielle Bewältigung einer Einheit ankurbelt. Den „Plan B“, den der ehemalige deutsche Bundespräsident Köhler auf seiner letzten Reise nach Süd-Korea vorgeschlagen hat, scheint jetzt entwickelt zu werden.

Ich unterstütze diese Richtungsentscheidung und auch den 3-Punkte-Plan des Präsidenten Lee, denn ich bin der Überzeugung, dass alle Koreaner im Inneren aber auch in der außenpolitischen Dimension gewinnen werden.

Die Einheit hatte auch eine außenpolitische Dimension für Deutschland, die sich durch die Beendigung der Viermächte-Rechte und –Verantwortlichkeiten entwickelte.

Dies erfolgte durch den „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ vom 12. Dezember 1990 (Zwei-plus-Vier-Vertrag).

Die Vier Mächte erklärten in Art. 7 des Vertrages, dass sie hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes beendeten. Damit endete der Sonderstatus Deutschlands, der seit 1945 in einer Art internationaler Vormundschaft durch die vier Siegermächte bestanden hatte.

Mit deklaratorischer Wirkung wurde festgestellt, dass das vereinte Deutschland sinngemäß die volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten habe. Das vereinte Deutschland hat diesen Vertrag ratifiziert, der am 15. März 1991 in Kraft getreten ist.

Die daraus resultierenden Vorteile eines geeinten Deutschlands können wir auch auf europäischer und internationaler Ebene spüren. Ich möchte hier die wichtigsten Aspekte

aufführen, die Deutschland ermöglicht haben, in den letzten 20 Jahren zu einer geachteten Mittelmacht in der Welt aufzusteigen.

- a) Deutschland entwickelte sich als Stabilitätsanker in der Europäischen Union. Zusammen mit Frankreich vermochte Deutschland, im Sinne einer friedlichen Zusammenarbeit, den neuen aktiven Motor in der EU zu stellen. Viele Projekte wurden angestoßen, die die EU als Vorreiterrolle eines regionalen Staatenbundes für viele andere in der Welt attraktiv macht. Die Einheit war die Geburtsstunde einer weitergehenden gemeinsamen Erweiterungspolitik der EU. Deutschland fungiert heute als Brückenkopf nach Osteuropa.
- b) Durch die Einheit Deutschlands und die darauf folgende Erweiterung der EU war es möglich, die internationale westliche Sicherheitsarchitektur zu stabilisieren. Gerade die NATO hat durch diese Entwicklungen an Stärke und Einfluss gewonnen.
- c) Die wichtigen Reiseabkommen von Schengen und Prüm wurden gezeichnet.
- d) Die EU entschied sich nach der deutschen Einigung endlich eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu entwickeln, maßgeblich mit der deutschen Vorreiterrolle auf dem EU Gipfel 1999.

- e) Die seit der Einheit gewachsene besondere neue Stärke der EU zeigt sich auch in wirtschaftsübergreifenden Projekten wie AIRBUS oder in Fragen der Kooperation in der Atomenergie.

- f) Nicht zuletzt ist die EU in den letzten 20 Jahren zu dem größtem Geber in der Entwicklungszusammenarbeit aufgestiegen. In gleichem Maße ist Deutschland ein Teil der westlichen Friedensmissionen geworden. Bei qualifizierten Friedenseinsätzen der UN aber auch mit eigenem bilateralen militärischen Engagement und mit seinem eignen Konzept der zivil-militärischen Zusammenarbeit.

Alle diese Punkte führen uns vor Augen, welche positive Dynamik die Deutsche Einheit gebracht hat. Gerade aus diesem Grund ist es richtig, dass die südkoreanische Gesellschaft ein gewichtiges Interesse an den deutschen Erfahrungen hat. Dabei ist es aus meiner Sicht egal, welches Konzept der Einheit sich lang- oder mittelfristig für die beiden Koreas durchsetzt. Im Vordergrund der koreanischen Diskussion stehen nicht die Frage des `Ob`, sondern die des `Wie`. Genauer die Frage, welche Option ist die Beste für die koreanische Vereinigung?

Ist es möglich, die Vereinigung von Süd- und Nordkorea auf der Basis einer an Intensität gewinnenden Konföderation zweier souveräner Staaten bei geschlossener Grenze zu entwickeln?

Diese Idee der Konföderation ist aus koreanischer Sicht möglicherweise verständlicher. Sie steht jedoch im fundamentalen Widerspruch zum deutschen Weg: Schnelle Öffnung der Grenze und Einstieg in die sozio-ökonomische Einigung mit der Einführung der DM-Geldwährung.

Eines muss klar sein und dies ist mein Rat an Südkorea – die große Überschrift muss lauten. Befürwortet aktiv die Wiedervereinigung, beginnt aber jetzt schon mit lang- und mittelfristigen Strategien!

Dabei sollte jedoch der folgende Widerspruch nicht übersehen werden: Der Wunsch nach Wiedervereinigung ist in der Bevölkerung groß. Demgegenüber ist die Bereitschaft, dafür ökonomische Opfer zu bringen recht gering. Die Sorge, eine schnelle Einigung durch eine konsequente Grenzöffnung würde Südkorea ökonomisch in die Knie zwingen, ist von der Politik nicht zu vernachlässigen.

In diesem Zusammenhang haben die bitteren Erfahrungen mit der tiefen Wirtschaftskrise Mitte 1997, die erstmals zu Massenarbeitslosigkeit führte und die Armut in die Städte wieder zurückbrachte, Einfluss. Durchaus mit Westdeutschland in den 1990ern

vergleichbar ist die Bereitschaft zur Einigungsfinanzierung etwa durch Steuererhöhungen nicht hoch. Diese Stimmung ist jedoch durch eine konsequente Erklärung von Chancen der Einheit zu überfinden. Ich schlage deshalb einen verstärkten Austausch zwischen deutschen und koreanischen Finanz- und Wirtschaftspolitikern vor.

Diese Aspekte sind natürlich meine Gedanken, die die südkoreanischen Seite der `Vereinigungsmedaille` beleuchten. Leider ist die Sachlage, wenn wir auf die Verhältnisse der nordkoreanischen Medailleseite schauen, aus meiner Sicht noch anders gelagert und nicht mit der Gemengelage der DDR in den 1980er Jahren zu vergleichen. So kann ich derzeit keine Protest- bzw. Bürgerbewegung in Nordkorea erkennen.

Soweit zu sehen ist, gibt es in Nordkorea auch keine entsprechende staatliche „Sunshine Policy“. Die Machthaber wollen mit der Annäherung vor allem durch ökonomische Unterstützung ihre dortigen politischen Verhältnisse stabilisieren. Diese Interessenlage erinnert jedoch wiederum durchaus an die Politik der DDR, die die westdeutschen Kontakte und Hilfen zur Stabilisierung ihres Systems nutzen wollte.

Dieses Dilemma zwischen Entspannung und damit erst einmal Anerkennung des Regimes einerseits und Demokratisierung andererseits ist unübersehbar. Dennoch gibt es derzeit aus Sicht von Kim Dae-Jung keine andere politische Alternative.

In der DDR war es die Bürgerbewegung, die den Zusammenbruch des Systems

herbeiführte. Die Revolution kam gewissermaßen aus dem „Bauch“ des Systems.

Wir müssen uns auch vor Augen führen, dass der deutschen Einigung lange zuvor eine Politik der Wandels durch Annäherung vorausgegangen war. Die Einigung war in Deutschland nicht durch einen Krieg, wie ihn auf der koreanischen Halbinsel zwei verfeindete Staaten führten, belastet.

Fakt in Nordkorea ist hingegen, dass die Rundfunk- und Fernsehprogramme aus dem jeweils anderen Teil Koreas nicht empfangen werden können. Dies auf Grund der hermetischen Abschottung, die es in diesem Ausmaß in der DDR nicht gab. Zusätzlich gibt es nur einen unbedeutenden Reiseverkehr im Vergleich zu den ehemaligen Besuchsmöglichkeiten im geteilten Berlin bzw. in der DDR. Eine Wandel ist daher zur Zeit nicht zu spüren.

Hinzu kommt, dass das ökonomische Gefälle erheblich größer ist, als es zwischen Ost- und Westdeutschland war. Parallelen sind kaum erkennbar. Schlußendlich wäre im Fall der schnellen Wiedervereinigung mit martialischen Gerichtsprozessen gegen die nordkoreanischen Machthaber zu rechnen. Die nordkoreanische Führung müsste bei der juristischen Verarbeitung im Vergleich zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und der Verfolgung von Straftaten mit erhebliche größerer Härte rechnen.

Diese negativen Aspekte dürfen einen jedoch nicht mutlos werden lassen. Deshalb sind wir heute hier, denn es gibt auch Gemeinsamkeiten und Parallelen koreanischer gegenüber deutscher Wiedervereinigungspolitik.

Die „Gemeinsamkeit“ in der Erfahrung mit der Spaltung des Landes nach dem 2. Weltkrieg in zwei völlig unterschiedliche Gesellschaftssysteme schafft eine gute Voraussetzung. Deutschland sollte Südkorea bei der Vorbereitung und Gestaltung der Einigung massiv unterstützen. Dazu gehört auch, Fehler bei der deutschen Einigung anzusprechen, um diese zu vermeiden. Wechselseitige Besuche nicht nur auf höchster politischer Ebene spielen eine wichtige Rolle.

Neben der vorbehaltlosen Unterstützung der politischen Positionen, möchte ich jedoch auch herausstellen, dass eine politische Annäherung von westlichen Politikern an Nordkorea ein richtiger Weg ist, den ich auch persönlich in den nächsten Jahren ausbauen möchte. Geleitet durch meinen Wunsch eine koreanische Einheit zu erleben, aber auch aus einem aktuellen humanitären Blickwinkel heraus. Es müssen Hilfsmaßnahmen gegen Armut und Hunger unterstützt werden.

Nur so kann auch Vertrauen in Nordkorea entstehen, besonders in der Bevölkerung. Ich bin davon überzeugt, dass diese Politik zur Überwindung der Spaltung Koreas sich trotz historisch bedingt erheblicher Unterschiede im Einzelnen künftig durchaus in die Interessenlage Japans, China, Russland und der USA einbetten lässt. Die

geostrategischen Interessen werden durch die Tatsache zusammengeführt, dass das Raketenpotential, über die Nordkorea verfügt und mit denen Tokyo erreicht werden könnte, eine latente Bedrohung ist, die abgebaut werden muss.

Ich freue mich auf die bevorstehende Diskussion.